Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/997

29. 03. 95

Sachgebiet 63

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Dr. Willibald Jacob, Andrea Lederer, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1995
— Drucksachen 13/50 Anlage, 13/414, 13/520, 13/527, 13/528, 13/966, 13/529 —

hier: Einzelplan 23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Im Einzelplan 23 Kapitel 2302 wird der Titel 68631-023 – „Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen und der Internationalen Familienplanungsföderation" in Höhe von 55 Mio. DM gestrichen.
2. Im Einzelplan 23 Kapitel 2302 wird der Titel 68634-023 – „Beitrag zum Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen (UNIFEM)" um 55 Mio. DM auf 56,6 Mio. DM erhöht.

Bonn, den 28. März 1995

Dr. Winfried Wolf
Dr. Willibald Jacob
Andrea Lederer
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Bevölkerungsprogramme des United Nations Population Fund (UNFPA) beruhen auf der internationalen Zusammenarbeit mit US-AID, der Rockefeller- und Ford-Foundation und multinationalen Pharmaunternehmen. In der beinahe 30jährigen Geschichte der Zusammenarbeit wurde deutlich, daß die Politik dieser Organisationen das Ziel hat, über die Körper, die Fruchtbarkeit und das

Leben von Frauen zu bestimmen. Die Begründung für die Bevölkerungspolitik des UNFPA ist die künstlich hergestellte Kausalität zwischen Armut und Bevölkerungsdichte. In keinem der Länder, in denen die Programme durchgeführt wurden, konnte so die Armut überwunden werden. Der zweifelhafte Erfolg besteht lediglich darin, daß zum Beispiel in Puerto Rico, wo die USA seit den dreißiger Jahren eine Politik zur „Bevölkerungskontrolle" betreibt, 40 Prozent aller Frauen sterilisiert sind.

Die Sterilisation ist in den Ländern des Südens so zum häufigsten Verhütungsmittel (45 Prozent) geworden. Der Gebrauch von hormonellen Verhütungsmitteln liegt bei 15 Prozent. „Vor allem hormonelle Langzeitkontrazeptiva wie Intrauterinpessare, Zwei- und Dreimonatsspritzen, implantierbare Hormondepots und als neueste Entwicklung auch die Anti-Schwangerschaftsimpfung werden als besonders geeignet für die Familienplanung in der Dritten Welt betrachtet" (Ingrid Spiller, Objekt Frau in der Familienplanung, in Wichterich (HG), Menschen nach Maß, Berlin 1994).

Über die Nebenwirkungen von Norplant ist zum Beispiel bekannt, daß es zu bis zu 20 bis 30 Tage langen ununterbrochenen Blutungen kommen kann. In einer Untersuchung des brasilianischen Frauenprojektes REDEH wurde festgestellt, daß jede fünfte Frau von denjenigen, die Norplant implantiert bekommen hatten, unter Kopfschmerzen, nervösen Angstzuständen, Gewichtsveränderungen, Schwindel, Entzündungen an der Einpflanzstelle und Libidoverlust litt. Bei einigen der Frauen kam es zu Koliken, Übelkeit, Eierstockzysten, Haarausfall und weiteren gravierenden Beschwerden (Die Tageszeitung, 2. Juli 1993).

In Indien werden mit Plakaten Werbekampagnen gemacht mit der Aufforderung, bis zur zwölften Woche abzutreiben. In Thailand bekommen Frauen ein Ferkel und verbilligtes Schweinefutter, wenn sie während der Mastzeit nicht schwanger werden. Eine langfristige Existenzsicherung findet jedoch nicht statt. Die bevölkerungspolitischen Programme haben auch in keiner Weise zu einer Verbesserung der medizinischen Versorgung der Frauen in den entsprechenden Ländern geführt. Dies wird häufig als weitere Rechtfertigung für die Programme vorgetragen.

In Indien und China zum Beispiel gelten die Frauen im Vergleich zum Mann als weniger wertvoll. Die Pränatale Diagnostik und die Einflüsse der Bevölkerungspolitik haben zur Abtreibung vornehmlich weiblicher Föten und zu Menschenhandel geführt.

Die Politik des UNFPA ist nicht effektiv, was die Armutsbekämpfung betrifft. Sie mißachtet das Recht auf körperliche Unversehrtheit, und sie verschärft die schlechte soziale Stellung der Frauen in den entsprechenden Ländern.

640 Millionen Frauen auf der Erde sind Analphabetinnen. Viele Frauen haben außerhalb der Familie keine Lebenschancen. Ihnen ist es nicht möglich, ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Ihr Zugang zu Bildung, Landbesitz und bezahlter Arbeit ist sehr schwer. In der Erläuterung zum Titel 686 34-023 heißt es: „Der Fond soll die

angemessene Beteiligung der Frauen an Entwicklungsprozessen sicherstellen und im Rahmen der Prioritäten der Entwicklungsländer innovativ sein." Der Titel ist mit 1,6 Mio. DM gegenüber den 55 Mio. DM, die für die Bevölkerungspolitik zur Verfügung gestellt werden, sehr gering ausgefallen. Zur finanziellen Ausstattung bemerkte Noelleen Heyzer, Direktorin von UNIFEM auf dem Weltsozialgipfel: „Die 11 Mio. Dollar, die dem Fonds zur Zeit zur Verfügung stehen, reichen bei weitem nicht aus. Es wären einige 100 Mio. Dollar notwendig, bevor er eine reale Wirkung haben könnte."

Die Notwendigkeit, die in der „Declaration of Peoples Perspectives on Population Symposium" formuliert wurden, können in der Tat mit kleinen Summen dieser Art nicht erfüllt werden: „Die Bedürfnisse der Frauen nach Nahrung, Gesundheit und Teilnahme am sozialen und politischen Leben sowie nach einem Leben frei von Unterdrückung und Gewalt haben mit Bevölkerungspolitik nichts zu tun; selbst dann nicht, wenn die bevölkerungspolitischen Programme humanitäre und frauenfreundliche Ziele vorgeben. Frauen müssen Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln und legalen Abtreibungsmöglichkeiten haben. Diese Bedürfnisse können erst dann erfüllt sein, wenn alle Menschen in Würde leben können und respektiert werden."

Darüber hinaus haben Untersuchungen in Kerala, Indien, gezeigt, daß die Stärkung der Rolle der Frau einen Nebeneffekt erfüllt, den die Bevölkerungsstrategen nicht erreichen: Die Geburtenrate sinkt.

Doch nicht dieser Nebeneffekt, sondern das Recht der Frauen auf die Befriedigung ihrer Bedürfnisse und die Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechts macht es notwendig, den Titel 686 34-023 aufzustocken.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333